

Armutverschärfung durch Cotonou-Abkommen und Regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen?

Im März 2000 wurde auf dem EU-Gipfel die sog. **Lissabon-Strategie** verabschiedet, der zufolge die EU bis 2010 der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum in der Welt“ werden soll.

Dieses Ziel soll erreicht werden, durch a) die Schaffung eines Binnenmarkts für Dienstleistungen, b) durch die Öffnung bisher abgeschirmter und geschützter Sektoren; c) durch stärkere Unternehmerfreundlichkeit, d) Steigerung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt

EU-Kommissionspräsident Barroso erklärte das Vorantreiben der Lissabon-Strategie zum höchsten Ziel seiner Regierungsmannschaft. Stellvertreter bei der Koordination des Vorhabens ist Industrie-Kommissar Günter Verheugen. Bei der Anhörung durch das EU-Parlament führte Verheugen aus, dass „die Kommission sämtliche Instrumente einsetzen werde, um allen Unternehmen so günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, um auf dem Weltmarkt mithalten zu können“.

„Günstige Rahmenbedingungen“ von Unternehmen auf dem Weltmarkt spielen insbes. in der EU-Handelspolitik, die in der exklusiven Kompetenz der EU-Kommission liegt, eine große Rolle.

Im „133er Ausschuss“ – genannt nach Artikel 133 des EU-Vertrages - wird die Handelspolitik koordiniert. Der Ministerrat genehmigt die Vorlagen aus dem 133er Ausschuss in der Regel ohne weitere Diskussion. Obwohl Artikel 133 die Einrichtung eines Ausschusses vorsieht, gibt der EU-Vertrag keine Regeln bezüglich der Mitgliedschaft, Konsultationspflicht des Ausschusses vor, wie das bei anderen Ausschüssen des Ministerrats der Fall ist. Der 133er Ausschuss entscheidet auf Konsensbasis und nach dem Prinzip des Gentlemen Agreements. Zugang zu den Sitzungen haben neben den Vertretern der Wirtschafts- und Handelsministerien auch Vertreter von zwei Interessenverbänden privater Dienstleistungskonzerne: das European Services Forum (ESF) und die European Services Leaders Group (ESLG), aber NICHT die Mitglieder des Europäischen Parlaments.

2004 hat der WWF (World Wide Fund for Nature) eine Klage gegen den Ministerrat vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht, weil der 133er Ausschuss keine Geschäftsordnung besitzt und darum mehr oder weniger im rechtsfreien Raum agiert. Ein Urteil ist in diesem Jahr zu erwarten..

Drei Monate nach Verabschiedung der Lissabon-Strategie wurde im Juni 2000 das Cotonou-Abkommen zwischen der EU und ihren 77 assoziierten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) unterzeichnet. Das Cotonou-Abkommen löst die bisherigen Lomé-Abkommen ab, die den AKP-Staaten Handelspräferenzen ihrer Exportgüter einräumen. Mit dem im April 2003 ratifizierten Cotonou-Abkommen entfallen diese Handelspräferenzen, auch dürfen diese Länder in Zukunft auch keine Zölle mehr auf importierte Waren erheben. Das war ein entscheidender Paradigmenwechsel: von Präferenzabkommen zugunsten der ehemaligen Kolonien der europäischen Mächte zu wechselseitigen Freihandelsabkommen zwischen ungleichen Partnern.

Das Cotonou-Abkommen sieht die graduelle Handelsliberalisierung gemäß den Bestimmungen des WTO-GATT-Abkommens (Allgemeines Abkommen zu Handel und Zolltarif (senkung) en) vor. Handelsrelevante Bereiche im Rahmen des Cotonou-Abkommens sind intellektuelle Eigentumsrechte, Fragen der Standardisierung und Zertifizierung, sanitäre und phytosanitäre Standards, Umweltaspekte, Arbeitsnormen sowie die Verbraucherpolitik. Unter den „Standards“ werden die Bananen-produzierenden Länder verpflichtet, sich an bestimmte Normen (z.B. Größe der Bananen) zu halten, ähnlich wie die „Gurken-Verordnung“ innerhalb der EU.

Im Rahmen des Abkommens sollen bis Ende 2007 regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (sog. Regional Economic Partnership Agreements, EPA) abgeschlossen und zwischen 2008 und 2020 implementiert werden. In den Verhandlungen drängt die EU auf Liberalisierung der umstrittenen Bereiche Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesens (Singapur-Themen) und versucht nun, bilateral durchzusetzen, was multilateral gescheitert ist. Für Pascal Lamy, ehemaliger EU-Handelskommissar und jetziger Chef der WTO, sind die EPAs „Freihandelsabkommen“, die auch auf die Exportförderung europäischer Unternehmen abzielen. 1) Dafür erhält die EU-Kommission auch Lob vom BDI: „Bei bilateralen Verhandlungen und WTO-Beitrittsprozessen versucht die Kommission, die offensiven Interessen der EU möglichst umfassend durchzusetzen. Die Kommission vertritt also –so gut es geht – die Interessen der Unternehmen, die in den betreffenden Märkten Absatzchancen sehen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kommission ist für echten Fortschritt unentbehrlich“. 2)

Kritik an den EPAs

Gegen diese Partnerschaftsabkommen – im folgenden EPAs genannt – regt sich zunehmend Widerstand. Alle Studien, die die möglichen Auswirkungen der EPAs auf die Ökonomien der AKP-Staaten untersucht haben, warnen vor den Freihandelsabkommen. Diese würden nicht nur die Ernährungssicherheit gefährden, sondern könnten auch eine De-Industrialisierung und den Zusammenbruch ganzer lokaler und nationaler Produktionszweige zur Folge haben.

Der Staatspräsident Benins wies im September 2003 in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament darauf hin, dass sein Land bis zu 20% der Staatseinnahmen verlieren könnte, wenn es seine Wirtschaft nicht mehr durch Importzölle schützen darf. „Das wird Konsequenzen für die Investitionen im Sozialbereich haben und steht im krassen Missverhältnis zur Empfehlung von UNDP, dass Benin seine Steuerbasis erhöhen und mehr in den öffentlichen sozialen Sektor investieren muß, wenn es eine nachhaltige Entwicklung erreichen will.“ 3) Auch UN-Generalsekretär Kofi Annan warnte, dass sinkende Zolleinnahmen die Finanzbasis in vielen AKP-Staaten gefährden. EPAs würden eine zu schwere Last auf die Schultern armer AKP-Staaten laden. 4)

Anlässlich eines Hearings in Brüssel Anfang 2004 äußerte sich der Gewerkschaftsführer der ghanaischen Geflügelhalter sehr besorgt über die wachsenden Importe aus der EU. „Wie in Kamerun ist eine große Zunahme von Hühnerfleischimporten durch den Zollabbau zu erwarten, die die ärmste Schicht unserer Gesellschaft aus dem Arbeitsmarkt verdrängt – das

sind die Kleinbauern, und vor allem Frauen, die völlig abhängig von dem Geflügelsektor sind. Es ist schwer vorstellbar, dass im Namen des Freihandels das Dumping von Geflügelteilen wie Hühnerbeine, -flügel und -hälse, die sowieso keinen Absatzmarkt in der EU haben, erlaubt wird.“ 5) Die EU exportiert vorwiegend Schlacht-Überreste, die auf dem europäischen Markt keine Käufer finden. Dieses Hühnerfleisch ist aber nicht nur minderwertig, sondern auch signifikant hoch mit Salmonellen belastet. Bis zu 85% des in Ghana getesteten Importgeflügels aus der EU zeigte eine Infizierung von Salmonellen und anderen gefährlichen Mikroben, einige Proben waren für den menschlichen Konsum ungeeignet. 6)

Die hoch subventionierten europäischen Produkte ermöglichen die Discountpreise, mit denen ghanaische GeflügelproduzentInnen nicht mithalten können. 7) Wie bei uns bestimmt der Preis die Nachfrage und obwohl die KonsumentInnen vielfach unzufrieden mit der Qualität des importierten Geflügelfleisches sind, kaufen sie es aufgrund des niedrigen Preises.

Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens, das eine weitere Zollsenkung für EU-Importe implizieren würde, könnte das endgültige Aus für zahlreiche Klein- und Kleinstbetriebe des ghanaischen Geflügelsektors bedeuten.

Der Geflügelsektor ist von besonderer entwicklungspolitischer Bedeutung, da eines der zentralen Probleme unter Ghanas armen Bevölkerungsgruppen die Fehlernährung ist, die sich vor allem am Eiweißmangel zeigt. „Geflügel stellt mit seinem hohen Eiweiß- und Mineralgehalt einen wichtigen Baustein für eine gesündere Ernährung dar. Aufgrund der kurzen Produktionszyklen von nur 4-6 Wochen bietet die Geflügelzucht zudem eine planbare und zuverlässige Einnahmequelle. Aufgrund des geringen Startkapitals ist die Aufzucht von Schlachthühnern eine attraktive Möglichkeit für Frauen, ein eigenes ökonomisches Standbein zu schaffen. Die vorgelagerte Produktion von Futtermitteln ist zudem vielversprechend und könnte intensiviert werden. Die Stärkung der regionalen Produktion kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie nicht unter dem Dumping der EU-Überschüsse leidet. Es zeugt von eklatanter Inkohärenz der EU-Außenpolitiken, wenn die Gemeinschaft einerseits Mikrofinanzierungsmodelle für die kleinbäuerliche Landwirtschaft schafft, aber andererseits die Überflutung des ghanaischen Marktes mit der europäischen Ausschussware unterstützt“. 8)

Trotz der wachsenden Proteste gegen die EPAs und der festzustellenden negativen Auswirkungen der zunehmenden Importe zeigt sich die EU bislang wenig beeindruckt. Im Gegenteil, im April 2005 drohte EU-Handelskommissar unverhohlen und erklärte, dass die AKP-Staaten nur dann einen „verbesserten“ Zugang zu den EU-Märkten erhalten, wenn sie ihre Märkte öffnen und über die EPAs verhandeln. 9) Ein konkretes Druckmittel hat die EU auch mit den Mitteln aus dem 10. Europäischen Entwicklungsfond in der Hand, da die Auszahlung an die Ratifizierung des 2005 überarbeiteten Cotonou-Abkommens gebunden ist. Wenn die EPAs bis Ende 2007 nicht unterzeichnet sind, könnte sich die Auszahlung dieser Finanzhilfen verzögern.

Dieses Druckmittel ist auch ein wesentlicher Grund dafür, warum die AKP-Staaten überhaupt noch weiter verhandeln und nicht einfach aussteigen, wie es viele Zivilgesellschaften fordern. „Wenn wir die EPAs verweigern, riskieren wir den Verlust der

EU-Hilfen und den privilegierten Marktzugang“, ließ das AKP-Sekretariat 2005 verlautbaren. 10)

Forderung aus Frankreich: Entzug des Verhandlungsmandats der EU-Kommission!

Im Juli wurde der 300 Seiten umfassende Bericht einer Delegation des Europa-Ausschusses der Französischen Nationalversammlung veröffentlicht, der eine vernichtende Kritik an der Kommission, insbes. an der Generaldirektion Handel ist, die die Verhandlungen über die EPAs mit den AKP-Staaten leitet.

Der Bericht spricht von einem vierfachen Schock, dem die AKP-Staaten ausgesetzt sind, wenn sie die EPAs annehmen:

1. Ein Haushaltsschock aufgrund der zu erwartenden Einnahmeverluste wegen der wegfallenden Importzölle; 2. Ein Handelsbilanzschock durch die Auswirkungen von EPAs auf Preisbildung, Einkommen und Wechselkurse; 3. Ein industrieller Schock, da schwache, im Aufbau befindliche Industriesektoren in den AKP-Staaten der verstärkten Konkurrenz aus der EU nicht gewachsen sind; 4. Ein landwirtschaftlicher Schock für die agrarisch ausgerichtete Mehrheit der AKP-Staaten, da lokale Märkte und Produzenten mit den Billigimporten weiterhin subventionierter Agrarprodukte aus der EU nicht konkurrieren können.

Laut dem Bericht begeht „Europa einen politischen, taktischen, ökonomischen und geostrategischen Fehler, wenn die Kommission auf ihrem Fahrplan beharrt“ und die Verhandlungen über die EPAs gegen allen Protest der AKP-Staaten bis Ende 2007 abschließen will.

„Das zentrale Ziel der Partnerschaft, nämlich Reduzierung der Armut und wenn möglich die Beseitigung der Armut entsprechend Artikel 1 des Cotonou-Abkommens muß wieder Vorrang erhalten“, ist der dringende Appell der französischen Parlamentsdelegation.

Wie vernichtend die Kritik, so radikal die Empfehlung des Berichts: er verlangt als „absolut notwendige“ Konsequenz, der EU-Kommission das bisherige Mandat zu entziehen und durch ein neues zu ersetzen. 11)

Man kann gespannt sein, wie die EU-Kommission auf diesen Bericht reagiert und ob der Europa-Ausschuss der Französischen Nationalversammlung Unterstützung anderer EU-Mitgliedsstaaten in seiner Forderung der Mandatsentziehung erhält.

Weltweiter Aufruf zum Stopp der EPAs

Der Bericht aus Frankreich ist eine gute Gelegenheit, das Cotonou-Abkommen und die EPAs öffentlich zu thematisieren.

Bisherige Aufrufe der Zivilgesellschaften aus den AKP-Staaten an die sozialen Bewegungen in Europa, sie in ihrem Protest gegen die EPAs zu unterstützen, wurden nur von wenigen

deutschen Organisationen und Gruppen aufgegriffen. Selbst der im März von 30 europäischen und afrikanischen Gruppen der Zivilgesellschaft verabschiedete „**weltweite Aufruf zum Stopp der EPAs**“ zeigt bislang wenig Resonanz.

In diesem Aufruf werden die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen in den AKP-Staaten und in Europa aufgefordert, die **StopEPA-Kampagne** zu unterstützen und mit ihren Regierungen die europäische Entwicklungspolitik in Bezug auf die AKP-Staaten kritisch zu hinterfragen. 12)

Handelsliberalisierung kein Instrument zur Armutsbekämpfung

Angesichts der Diskussion über eine zu verstärkende Handelsliberalisierung gilt es, den weitverbreiteten Mythos Handelsliberalisierung bringt den Entwicklungsländern Wohlstand und Entwicklung, zu entlarven.

Eine UNCTAD-Studie über die Auswirkungen von Handelsliberalisierung in 40 Staaten zeigt, dass die Hälfte dieser Länder als Resultat der Liberalisierung eine De-Industrialisierung aufweisen, und dies bedeutet: größere Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut. 13) Selbst die Weltbank zog aufgrund zahlreicher Evaluierungen über Maßnahmen zur Steigerung des „freien Handels“ das Resümé, dass Handelsliberalisierung nicht ausreicht, um Wachstum zu erreichen und Armut zu bekämpfen. 14)

Nur die EU-Kommission propagiert noch stets den freien Handel als Basis für „wettbewerbsfähige Ökonomien“ und „Katalysator für Entwicklung“. In seiner Rede, die EU-Handelskommissar Mandelson im September in Berlin hielt, stellte er eine neue „Handelsstrategie“ vor, die insbes.auf einen verbesserten Marktzugang europäischer Produkte in anderen Ländern abzielt. Schwerpunkte dieser Strategie sind bilaterale und regionale Freihandelsabkommen mit asiatischen Staaten, die eine hohe Wachstumsrate aufweisen. Zentrale Aspekte im Rahmen dieser Handelsabkommen sollen die sog. Singapur Themen öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbspolitik sein, die innerhalb der WTO-Verhandlungen nicht durchsetzbar waren. 15)

Eigenartigerweise erwähnte Mandelson nicht das geplante transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, das laut der Bundeskanzlerin eine bedeutende Rolle bei der bevorstehenden deutschen Ratspräsidentschaft spielen soll.

Annette Groth, Sept. 2006

- 1) Wir sollten zu einer langfristigen Schaffung/Entwicklung von Exportmärkten für EU-Exporte beitragen. „We should contribute to the long term creation/development of export markets for EU exports“ ...
www.europa.eu.int/comm/trade/issues/sectoral/competitiveness/index_en.htm
- 2) Alter Wein in neuen Schläuchen?“ Handelspolitik Aktuell, BDI, April 2005, Ausgabe 1/05
- 3) New ACP-EU Trade Arrangements: New *Barriers* to Eradicating Poverty?, Brüssel, März 2004, www.eurostep.org

- 4) "Mit dem Rücken zur Wand – Ghanas Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus", Hrsg. Evangelischer Entwicklungsdienst –EED, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED, November 2005, S.31
- 5) New ACP-EU Trade Arrangements: New *Barriers* to Eradicating Poverty
- 6) The impact of Globalisation and liberalisation on agriculture and small farmers in developing countries: The experience of Ghana", Third World Network, Ghana, April 2006, S.44
- 7) 2005 kostete 1 kg ghanaisches Huhn 2,45 € (28.000 Cedi), 1 kg EU-Hühnerfleisch lediglich 1,40 € (16.000 Cedi); ebenda, S.42
- 8) "Mit dem Rücken zur Wand – Ghanas Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus", S. 15
- 9) Mark Curtis: "It is called 17 ways the European Commission is pushing trade liberalization on poor countries", November 2005, S. 7
- 10) Comhlámh Briefing Paper, März 2005, „Europe’s Free Trade Areas with Developing Countries“, (Comhlámh ist die Irische Vereinigung der Entwicklungshelfer)
www.comhlamh.org
- 11) Text abrufbar unter www.assemblee-nationale.fr/12/europe; oder www.kasa.woek.de/aktuell
- 12) Infos zur Stop-EPA-Kampagne: www.stopepa.de
- 13) Zitiert nach ActionAid International: "Bound and tied: The development impacts of industrial trade liberalization negotiations at the World Trade Organisation", 2005, S. 3
- 14) www.worldbank.org/ieg/trade/report.html, März 2006
- 15) Speech by Peter Mandelson at the Churchill Lecture, Federal Foreign Office, Berlin, 18 September 2006: "The tragedy and triumph of Europe",
<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/507>